

Vertreterversammlung einberufen

Ein Redaktionsbericht

Am 22.02.2017 fand in Berlin eine gemeinsame Beratung des Vorstandes und des Beirates der ISOR e.V. statt, an der auch die Berliner TIG-Vorsitzenden und der Sprecher der IGA teilnahmen.

Gäste waren Prof. Dr. Dr. Merten, Rechtsanwalt Dr. Bernfried Helmers, Dr. Martina Bunge, Hans Bauer (GRH) und Dr. Matthias Werner (OKV)

Anknüpfend an die Einschätzungen der Situation, wie sie in **Isor aktuell** im Januar und Februar veröffentlicht wurden, führte der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, aus, dass mit dem Beschluss der 1. Kammer des 1. Senats der gemeinsame politische und juristische Kampf von ISOR und IGA nicht beendet sei und der Zweck unserer Satzung noch nicht erfüllt ist. Während gemäß wir – gemäß der Lage – stets davon ausgegangen sind, dass wir nur über den juristischen Weg Erfolg haben könnten, wird nun mit dem Nichtannahmebeschluss deutlich, dass wir uns verstärkt der politischen Tätigkeit zuwenden müssen.

Diese Entwicklung darf uns nicht entmutigen, unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit konsequent fortzusetzen.

Prof. Dr. Dr. Merten erläuterte, dass in den letzten Jahren lediglich 1,65 Prozent der eingereichten Verfassungsbeschwerden im Senat verhandelt wurden. Alle anderen, darunter viele gut begründete Beschwerden, wurden von jeweils drei Richtern einer Kammer überhaupt nicht zur Verhandlung zugelassen. Das sei menschenrechtlich bedenklich, da mit der überaus hohen Ablehnungsquote das rechtliche Gehör der Beschwerdeführer blockiert werde.

Das BVerfG habe nicht berücksichtigen wollen, dass die Sonderversorgungssysteme der bewaffneten Organe als beamtenähnliche Versorgungssysteme konzipiert waren und dass damit Vergleiche mit dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt nicht tragen. Er habe den Eindruck, dass das BVerfG in Übereinstimmung mit der Politik die Rentenprobleme Ostdeutscher vom Tisch haben wollte. Dafür spreche auch die fast zeitgleiche Nichtzulassung einer Verfassungsbe-

schwerde republikflüchtiger DDR-Bürger, die weiter nach dem sog. Fremdrentengesetz behandelt werden wollten. Eine politische Entscheidung habe das BVerfG, wie schon 1999, offengelassen.

Dr. Martina Bunge bestätigte, dass die Bundesregierung offenbar einen Schlusstrich bei den Ostrenten anstrebt. Das vermutlich im Juni 2017 zu verabschiedende Gesetz zur Angleichung der Ostrenten bis 2025 sei schon vom Titel her als Abschlussgesetz deklariert. Sie hob nochmals hervor, dass die Berufung des BVerfG auf den Willen der letzten Volkskammer der DDR nicht korrekt ist. Immerhin waren 990,- Mark Rente für MfS-Angehörige, die ihnen in Zeiten schlimmster „Stasi“-Hysterie zugebilligt wurden, weit mehr als eine damalige Durchschnittsrente. Es gebe allen Grund an den Rentenproblemen politisch dran zu bleiben, z.B. durch Erarbeitung von Wahlprüfsteinen vor der Bundestagswahl 2017.

*

Auf dieser Beratung beschloss der Vorstand, zum 15.06.2017 die 7. Ordentliche Vertreterversammlung der ISOR e.V. nach Berlin einzuberufen.

Laut Satzung können alle TIG einen Vertreter, die größeren TIG ab 300 Mitglieder zwei, ab 600 Mitglieder drei und ab 900 Mitglieder vier Vertreter wählen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in den jeweiligen TIG im Zeitraum vom 15.03. bis 15.04.2017.

Jedes Mitglied der ISOR e.V. kann für den Vorstand oder die Revisionskommission kandidieren. Es muss dazu seine Absicht bis zum 20.04.2017 an die Geschäftsstelle übermitteln, wobei Kandidaten, die erstmalig kandidieren, eine schriftliche Stellungnahme ihrer TIG beifügen müssen.

Alle Kandidaturen werden in der Mai-Ausgabe von **Isor aktuell** veröffentlicht. Danach können Mitglieder der ISOR e.V. Einwände gegen diese Kandidaten erheben und diese bis spätestens 31.05.2017 der Geschäftsstelle mitteilen. Über die Aufnahme

in die Kandidatenliste entscheidet die Vertreterversammlung.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Beratung stand dann die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederbefragung. Anfragen gab es verschiedentlich zur anonymen Gestaltung der Befragung, die nach dem Muster der Mitgliederbefragung aus dem Jahre 2001 konzipiert wurde. Wenn Mitglieder Wert darauf legen, sich mit Name und Adresse zu ihrer Abstimmung zu bekennen, ist das nicht zu beanstanden. Dem Charakter nach ist unsere Mitgliederbefragung eine Meinungsumfrage, die der Vertreterversammlung ein realistisches Bild über die Stimmung unter den Mitgliedern vermitteln soll. Sie ist keine persönliche Entscheidung über ihre Zugehörigkeit zur ISOR.

Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, nach der Vertreterversammlung die Konsequenzen für eine Mitgliedschaft zu überdenken.

Wer ISOR verlassen will, muss dazu – wie in der Satzung festgelegt – seinen Austritt schriftlich mit der Frist von mindestens einem Monat zum letzten Tag eines Quartals gegenüber seiner TIG erklären. Austrittserklärungen, die bei der Geschäftsstelle eingehen, werden in jedem Fall an die zuständige TIG weitergeleitet. (Ausnahme: von der Geschäftsstelle direkt betreute Mitglieder). Mitglieder, die unseren Verein verlassen, verdienen Dank und Respekt für ihre langjährige Unterstützung und erhalten bei Erfordernis auch weiter unsere solidarische Hilfe.

*

Anfragen gab es auch zur Kassierung der Beiträge.

Da erst die Vertreterversammlung eine Entscheidung über die Zukunft der ISOR treffen kann, ist es legitim, die Beiträge mindestens für das erste Halbjahr 2017 zu kassieren. Es zeichnet sich jedoch ab, dass ISOR weiterbestehen wird und jeder, der sich weiter in ISOR engagieren will, kann deshalb auch – wie gewohnt – seinen Jahresbeitrag entrichten.

In der Geschäftsstelle sind bisher ca. 150 ausgefüllte Befragungsbögen eingegangen. Darin haben sich etwa 80 Prozent der Befragten für eine Fortsetzung des Kampfes der ISOR ausgesprochen.

Insgesamt war unsere Beratung von einer konstruktiven Atmosphäre geprägt und der übereinstimmenden Auffassung, ISOR als Solidargemeinschaft zu erhalten. Jetzt komme es darauf an, das politische Profil zu stärken und in realistischer Einschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten die Schwerpunkte des weiteren politischen Handelns zu bestimmen.

*



Jahresberatung der TIG Strausberg

Am 11. Februar führte unser Vorstand die jährliche Beratung mit den Gruppenbetreuern durch.

Logischerweise stand die Ablehnung der Annahme unserer Verfassungsbeschwerden durch das BVerfG im Mittelpunkt der Diskussion. Neben der von allen zu spürenden Enttäuschung über den Verlust letzter Illusionen über diesen Rechtsstaat, seine unabhängige Jurisdiktion und der Unveränderlichkeit der verfassungsmäßigen Grundrechte, stimmten die Teilnehmer den Aussagen unseres Vorsitzenden zu, dass sich die politische Lage im vergangenen Jahr verschärft hat, eine Änderung der Politik nicht zu erwarten ist, die Befürchtungen eines weiteren Rechtsrucks sich verstärken. Durch Wahlen wird am Wesen eines Staates nichts verändert und mit einer Zunahme der Kriegsgefahr ist zu rechnen. Wie unsicher die politisch führenden Kreise in diesem Land über die Wirkung ihrer Politik sind, verdeutlicht ihr Umgang mit der

DDR, deren friedliche 40-jährige Existenz trotz geschwiegen, verleumdet und die, die sich für sie einsetzten, mit Hetze und Verunglimpfung überzogen werden.

Deutlich wurde, und das unterstrichen die Diskussionen mehrfach, dass wir den politischen Kampf, unsere Wirksamkeit nach Außen zu Gunsten des juristischen Kampfes vernachlässigt haben.

Nachdem nun die nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft sind, gilt es im Bündnis mit anderen Organisationen, Vereinen und Parteien den öffentlichen Kampf um die Erhaltung der Grundrechte zu führen.

ISOR e.V. ist kein Verein, der im Verborgenen wirkt, unser Kampf basiert auf dem Grundgesetz und ist mit ihm konform. Wir sind kein Geheimbund. Darum lehnen wir auch die Vorstellungen der TIG Quedlinburg über „verschlüsselte Kommunikation im Netz“ ab und bitten die Freunde dort, über ihre Aussage noch mal nachzudenken.

Unsere Zusammenarbeit mit dem OKV, der Friedensbewegung hat sich seit Jahren bewährt und ist mit weiteren Kräften ausbaufähig.

Durch die Gruppenbetreuer wurde einhellig zum Ausdruck gebracht, dass wir eine Niederlage erlitten haben, ein Aufgeben aber nicht in Frage kommt. Sicher wird der Kampf schwerer, der eine oder andere wird ihn nicht mehr führen wollen oder können, aber ISOR ist zur politischen Heimat aller Mitglieder geworden und in vielen Fällen die einzige Interessenvertretung.

Zu den erforderlichen organisatorischen Maßnahmen der Mitgliederbefragung lehnte die Mehrheit der Gruppenbetreuer eine anonyme Befragung ab.

Da der Vorstand das aber so beschlossen hat, einigten wir uns darauf, es jedem Mitglied zu überlassen.

Ein weiterer Vorschlag, aus dem Kreis der Gruppenbetreuer, befasste sich mit der Praxis der Erfassung der Mitgliederbeiträge.

Es wird vorgeschlagen keine Differenzierung nach §7 AAÜG und anderen mehr vorzunehmen, da z.B. andere Benachteiligte gem. § 6 auch nicht genannt werden.

Hans-Joachim Friedrich

Erneute Initiative im Bundestag

Die Partei DIE LINKE hat mit der Drucksache 18/1062 erneut einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der auf die Unverzügliche Herstellung der Renteneinheit abstellt. Danach soll ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt werden, mit dem der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West für im Osten erworbene Rentenanwartschaften bis zum 1.7.2018 sukzessive angeglichen wird.

Ferner sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Löhne und Gehälter erheblich stärker steigen und der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro angehoben.

Bis zu einem Verbot soll Leiharbeit stärker reguliert und der Missbrauch von Werkverträgen effektiv bekämpft werden.

Aus der Postmappe

Wir vom »Unentdecktes Land« e.V. brauchen ISOR!

Für den Erhalt und die Stärkung eines in Ost wie West einzigartigen antifaschistisch-demokratischen Massenverbandes. Am 7. November 2016 verweigerte das Bundesverfassungsgericht die Annahme der Beschwerden, die dort unter anderem gegen den Missbrauch des Rentenrechts als Strafrecht, die unter anderem gegen die tägliche Diskriminierung von DDR-Bürgern durch den Staat BRD und die damit einhergehende Verletzung der im Grundgesetz notdürftig fixierten demokratischen Grundrechte eingereicht wurden. Sicher mag bei Manchem darauf ganz unüberrascht ein »Was haben die denn erwartet?« und »Hätte man sich ja vorher denken können!« erklingen. So verständlich diese Reaktion auch erscheinen mag, gerade in diesem Staat, mit gerade diesen täglichen Erfahrungen mit einer permanent bis heute wütenden Annexion – diese Reaktion ist falsch, sie ist kontraproduktiv, sie ist zu korrigieren! Vor Gericht sein Recht erstreiten zu können, ist ein Recht, für das gerade in der deutschen Geschichte viel Blut vergossen werden musste. Dieses schwer erkämpfte Recht nicht immer auch

in Anspruch zu nehmen, heißt, es vergammeln zu lassen und denen Raum zu geben, die schweißtreibend an der Abschaffung der wenigen demokratischen Rechte arbeiten, die uns in diesem Staat noch bleiben. Werkzeuge, die nicht in Gebrauch sind, rosten, und wenn demokratische Rechte verrotten, dann rieselt es braun von der Decke! ISOR hat von Anfang an den unendlich schweren Weg beschritten, auf der Bühne des bürgerlichen Rechts eben nicht nur die Rechte ihrer Mitglieder zu verteidigen, sondern damit die Rechte aller Bürger der DDR. Mit dem Streiten vor den Gerichten wurde es der herrschenden Klasse ein gutes Stück schwerer, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit im sogenannten Anschlussgebiet vergessen zu machen. Dieser Kampf bis vor das Bundesverfassungsgericht, liebe Leute, war nicht weniger als die Umsetzung dessen, was Max Reimann 1945 zum Grundgesetz sagte: »Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!« Respekt und Dank für Euren Kampf, Genossen, es war richtig, an dieser Front zu streiten.

Und noch etwas möchten wir unseren Freunden von ISOR sagen: Schaut Euch trotz all dem Zorn, all der Enttäuschung, wenigstens eine Sekunde in Ruhe um und auf das,

was ihr in diesen schweren Jahren nach der Zerschlagung der DDR geschaffen habt! Einen antifaschistischen Massenverband, wie es in deutschen Ländern keinen zweiten gibt, ein Kind der DDR, geboren in ihren Trümmern. Ein Verband von vielen Rentnern, Älteren und Alten, der doch aber im Vergleich zu seinen vorsintflutlichen Feinden überkommt wie ein bockiger Rotzbengel mit roten Sommersprossen im frechen Gesicht. An wie vielen anderen Fronten außer der juristischen muss heute gestritten werden! Und an wie vielen anderen Fronten stritt und streitet ISOR! Unzählige Publikationen, Aktionen und Veranstaltungen, und bloß und nicht zuletzt die solidarische Unterstützung anderer, wir vom »Unentdecktes Land« e.V. können ein Lied davon singen! Ein starker Freund an der Seite seiner Freunde sein – auch das ist ISOR. Ein riesiger bundesdeutscher Medienapparat, der seit 25 Jahren auf unsere Köpfe hämmert, eine Klassenjustiz, die von jenen faschistischen Richtern geprägt ist, die ohne Bruch in der BRD wieder in Amt und Würden kamen – all das konnte und kann bis heute nicht verhindern, dass sich tausende Angehörige der bewaffneten Organe der DDR in einem Verband zusammenfinden und mit einer Stimme Nein sagen zum Umgang mit der Geschichte der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, nein sagen zum Umgang mit denen, die sie aufbauten und in ihr für den Frieden wirkten! Wenn das kein Grund für Zuversicht ist, für uns ist er es allemal! Ob an juristischen Frontabschnitten oder anderswo, macht weiter so, denn wir brauchen ISOR!

Unentdecktes Land e.V. Berlin

*

Als interessierter Leser des „Neuen Deutschland“ sowie des „Rotfuchs“ verfolge ich mit Grauen die Entwicklung in der Welt, insbesondere in Deutschland und den mangelnden Einfluss der Linkspartei. In diesem Zusammenhang befinde ich mich in völliger Übereinstimmung mit dem kritischen Beitrag von Ekkehard Liebermann über die Linkspartei in der Beilage zum Novemberheft des „Rotfuchs“. Mit Riesenschritten nähern wir uns dem Wahljahr 2017, wo die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Veränderung der Regierungspolitik in Deutschland besteht. Einen kleinen Lichtblick gibt mir dabei der „Aufruf zur Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“ durch die Vorsitzenden der Linkspartei. Um diese richtige Zielstellung in die Tat umzusetzen, ist es jedoch unbedingt erforderlich, eherne Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu beherzigen.

Eine wichtige Erkenntnis besteht neben der unbedingten Überwindung der Spaltung bereits seit der Revolution im Jahre 1848 darin, dass eine Demokratie nur Erfolg hat, wenn sie sich auf den Druck der Straße stützen kann und diesen mobilisiert. Es ist eine Illusion zu glauben, dass neoliberale Regierungsvertreter in Folge von Wahlen freiwillig ihre Macht abgeben bzw. Finanzbosse auf ihren Profit verzichten. Mit dem Druck der Straße meine ich nicht die gewaltsamen Revolutionen 1789 in Frankreich, 1917 in Russland oder 1918 in Deutschland, sondern das friedliche, jedoch konsequente Aufbegehren des Volkes „Wir sind das Volk“ nach dem Beispiel der Jahre 1989/90. Obwohl die damalige oppositionelle Bewegung nicht die Interessen der Mehrheit der Einwohner der DDR vertrat, bewirkte sie auf friedlichem Wege grundsätzliche Veränderungen. Und wir als Angehörige der Volkspolizei trugen aus Verantwortung gegenüber dem Volk durch den Abschluss der „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Opposition dazu bei, dass ein Blutvergießen verhindert wurde. Heute sind die Bedingungen zu grundsätzlichen Veränderungen günstiger, da die große Mehrheit des deutschen Volkes mit der neoliberalen Politik der Regierung unzufrieden ist. Ich erinnere hierbei u.a. an die Millionen Arbeitslosen, die Harz-IV-Empfänger und die modernen Kuli - die Zeitarbeiter, oder die vielen von Altersarmut betroffenen Rentner oder die verbreitete Kinderarmut. Aber auch die Teilnahme Deutschlands an Kriegen in aller Welt sowie die Nichtbekämpfung der Ursachen der Flucht von Millionen Menschen in deren Heimatländern widerspricht den Interessen der Mehrheit unseres Volkes. Es kommt also darauf an, dass die Linken sowie die für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintretenden Menschen sich zusammenschließen und friedlich eine Veränderung der Politik in ihrem Interesse erzwingen.

Eine weitere, mehrmals bitter bezahlte Lehre der Linken besteht darin, dass sie in keine bürgerliche Regierung eintreten darf, sondern durch eine konsequente Politik in der Opposition die Volksmassen um sich scharen muss. Bereits vor dem 1. Weltkrieg gab es in der Führung der deutschen Sozialdemokratie prinzipielle Auseinandersetzungen zum Eintritt in die Regierung. Die Antwort der ehrwürdigen Persönlichkeiten um August Bebel und Wilhelm Liebknecht lautete: Wenn ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintritt, verliert er das Vertrauen der Arbeiter, er begibt sich in die Hand der Bourgeoisie, er kann keine fortschrittlichen Veränderungen erreichen, sondern rettet und stützt die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Diese Einschätzung

hat auch nach 100 Jahren volle Gültigkeit. Die kleine Linkspartei hat bei dem Eintritt in eine Regierungskoalition auf Grund der Mehrheitsverhältnisse keinerlei Chancen, eine wesentliche Änderung der Regierungspolitik zu erlangen. Beste Beispiele liefern hierzu die Regierungsbeteiligungen in den Ländern. In Thüringen wurden bislang keinerlei soziale Verbesserungen für die Menschen erlangt, jedoch die negative Aufarbeitung der Geschichte der DDR mit voller Kraft in Gang gesetzt. Und im Hinblick auf eine mögliche Regierungskoalition in Deutschland mahnte Herr Ramelow, dass man gegenüber der SPD bezüglich den Kriegseinsätzen deutscher Soldaten notfalls etwas Toleranz üben muss! Manchen Linken winkt mit der Regierungsbeteiligung ein fester Regierungsposten. Für die treuen Linken muss jedoch die feste Erkenntnis gelten: Mit einer Regierungsbeteiligung gibt die Linkspartei ihr politisches Profil sowie ihre linke Gesellschaftsstrategie auf und unterwirft sich der neoliberalen Regierungspolitik. Diesem Verrat an den Interessen der Werktätigen sowie der Friedensbewegung muss mit aller Konsequenz entgegengetreten werden. Schließlich sollte, ausgehend von der gegenwärtigen Kräftekonstellation in Deutschland, eine Schlussfolgerung der Linkspartei darin bestehen, weit über ihre Parteigrenzen hinaus die große Masse des unzufriedenen und sozial benachteiligten Volkes gegen die neoliberale, auf Profit orientierte Politik zu mobilisieren. Eine grundsätzliche Änderung der Politik kann gegenwärtig nur durch eine starke Gegenmacht, das feste Bündnis der gesellschaftlichen Mehrheit gegen den neoliberalen Machtblock erreicht werden. Aber dieses politische sowie gesellschaftliche Bündnis muss erst noch in täglicher Überzeugungsarbeit, vor allem durch die Linkspartei geschaffen werden. Hierzu genügt es nicht, nur interessante Artikel und Bücher zu schreiben, bei Fernsehauftritten zu appellieren oder kritische Reden im Bundestag zu halten. Viel stärker als bisher müssen die Medien sowie Parlamente als Tribüne für eine scharfe Oppositionspolitik durch die Linken genutzt werden. Hierbei müssen vor allem die Ursachen sowie Verursacher der bestehenden, Missstände, der sozialen Benachteiligung der arbeitenden Menschen sowie der Flüchtlingsströme u.a.m. konkret benannt werden. Viel zu wenig wird ferner der Kampf auf der Straße, die Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen genutzt, um durch den öffentlichen Protest Druck auszuüben und Veränderungen durchzusetzen. Aber auch die tägliche Kleinarbeit in Betrieben und Wohngebieten, gegen soziales Unrecht und Armut muss weit mehr

im Mittelpunkt der Linken stehen. Ein entscheidendes Betätigungsfeld der Linkspartei muss schließlich die Überwindung der unseligen Spaltung ihrer Reihen sowie der Zusammenschluss der vielen Organisationen, Vereine, Gesellschaften und Verbände sein, die gegen die neoliberale Politik aufbegehren. Gut wäre es natürlich auch, wenn die Linkspartei über ein eigenes Presseorgan verfügen würde, um ihre Basis, die werktätigen Menschen, unmittelbar zu erreichen. Eine große Bedeutung kommt nicht zuletzt dem „Neuen Deutschland“ zu. Entsprechend seiner Historie sollte es auch an die positiven Seiten der DDR erinnern und sich als konsequente gesellschaftskritische Volkszeitung dem neoliberalen Medienrummel entgegenstellen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Es ist höchste Zeit, auf friedlichem Wege eine politische Wende herbeizuführen, sonst droht der III. Weltkrieg und die Vernichtung der Menschheit. Noch glaube ich jedoch an die Vernunft der Menschen und appelliere an die große deutsche Kulturnation. Deutschland könnte bei Nutzung seiner humanen Potenzen allen seinen Bewohnern ein würdiges Leben in Frieden und Geborgenheit gewähren und damit in der Europäischen Union Verantwortung übernehmen

Rudolf Höll

*

Verfassungsrichter wider das Grundgesetz. Innerhalb von zwei Monaten trifft das Bundesverfassungsgericht zwei Entscheidungen, die sich dagegen richten, das es eigentlich durchsetzen und schützen soll: Sozialer und politischer Frieden im Land.

Am 7. November 2016 weist dieses Gericht still und leise Beschwerden gegen die über sechsundzwanzig Jahre von der Bundesregierung praktizierte politische Straffrente für ehemalige Staatsschützer der antifaschistischen DDR als unbegründet ab und ignoriert dabei die Artikel 1, 3, 14 und 19 des Grundgesetzes. Es zementiert mit dieser Billigung jahrzehntelanger Ungerechtigkeit nicht nur das bundesstaatliche Unrechtsverhalten gegenüber den Betroffenen. Der Beschluss erstickt zugleich auch alle Hoffnungen anderer ehemaliger Berufsgruppen der DDR, wie Bergleute, Eisenbahner, Krankenschwestern und andere, in ihrem Kampf um soziale Gerechtigkeit zum Erfolg zu kommen.

Zwei Monate später, am 17. Januar 2017, erteilt das gleiche oberste Gericht einer Naziartei einen Freibrief für deren faschistische Umtriebe mit Völker- und Rassenhetze. Es weist das Verlangen einer großen Mehrheit der Bundesbürger zurück, die NPD

als Nachahmerin der faschistischen NSDAP zu verbieten.

Seine Begründung: Die NPD ist zwar verfassungswidrig, politisch aber „harmlos“ und keine Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik. Welch rechtliche und zugleich politische Ignoranz deutscher Geschichte und aktueller politischer Realität! Hat das Bundesverfassungsgericht die Präambel des Grundgesetzes bei seinem Urteil nur überlesen oder hat es sich generell gegenüber der rechtsextremistischen Entwicklung blind gestellt? Meint es vielleicht, man müsse das „rechte politische Feuer“ im Lande am Lo-

dern halten, damit dessen Funken über seine Grenzen sprühen? Will es dazu beitragen, dass von Deutschland wieder ein Weltbrand gezündet wird? Sieht es nicht, dass sich das „harmlose Fahrrad mit einem Platten“ dank Pannenhilfe durch die AfD schnell wieder zu einem „aggressiven Panzer mit Kettenrassel“ entwickeln kann? Hatte es die Todesschüsse des „nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ überhört und roch es nicht den Ruß der von Neonazis abgebrannten Flüchtlingsheime in Nauen und anderswo? Überlas es die reichlichen Nachrichten über neonazistische Gewalttaten gegen poli-



**Ich hab Euch
jeden Montag
GEWARNT !**

Zwischenruf

Von kompetenter Seite gewarnt und der Redaktion von ISOR aktuell verehrt, wenn auch zu wenig erwähnt, dennoch geschätzt als Kampfgefährtin, Mutmacherin und treue Genossin: Nehmt unsere Grüße und Glückwünsche zu Eurem Internationalen Ehrentag entgegen. Es ist schön, Euch an unserer Seite zu wissen.

Ruth – Werner – Verein

Am 1. Mai öffnet der Ruth-Werner-Verein nach der Winterpause wieder im Scheunenladen in Carwitz seine **Ausstellung über das Leben und das Werk der Kundschafterin und Schriftstellerin Ruth Werner**. Die sehenswerte Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 14 bis 16 Uhr geöffnet.

Andere Termine bzw. Gruppenanmeldungen können mit der stellvertretenden Vorsitzenden Ingrid Becker, Tel.: 039831-20505 oder E-Mail: Becker_Feldberg@t-online.de, abgesprochen werden.

Der Eintritt ist frei, für Spenden danken wir herzlich.

Der Scheunenladen befindet sich in 17258 Feldberger Seenlandschaft, OT Carwitz, Dorfstraße 33.

Höhepunkte in dieser Saison:

- **15. Mai** Geburtstagsfeier mit Kinder- und Jugendbüchern
- **9. Juli** Lesung und Gespräche zu „Die 8 rückwärts“
- **13. Aug.** Lesung und Gespräche zu „Muhme Mehle“
- **25. Sept.** Saisonausklang mit Ruth Werner in Bildern

Hoffnungsvoll rechnen wir wieder mit vielen Gästen und freuen uns auf gute Gespräche und Anregungen.

Wissenswertes und aktuelle Informationen über den Verein sind auf der Internet-Seite www.ruth-werner-carwitz.de zu finden.

Der Verein dankt allen Freunden für die bisherige materielle und ideelle Unterstützung.

G. Lange

tisch Andersdenkende und Schutz suchende Ausländer? Woher nehmen die hohen Richter in roter Robe die Arroganz, sich noch über das Grundgesetz zu stellen? Mit welchem Recht ignorieren sie mit ihren Urteilen und Entscheidungen die Grundrechte der Bürger, für deren Einhaltung sie eigentlich durch ihren Eid verpflichtet sind?

Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es nicht einmal der Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes. Der Hinweis auf die öffentlich gemachten Biographien der bundesdeutschen Verfassungsrichter besagt schon fast alles, auch wenn darin Details über die Protektion des Einen oder Anderen durch Nazigrößen in ehemaligen BRD-Regierungsämtern verschwiegen bleiben.

Fazit: Wer unter den vom herrschenden Kapital Benachteiligten glaubt, seine „grundgesetzlichen Rechte“ einfordern zu können, ist beim Verfassungsgericht an der falschen Adresse. **Manfred Wild**

Bei anderen gelesen

„Berliner Kurier“ am 17. Februar 2017

Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass die Einsteinsche Meinung über das Weltall und die Dummheit der Menschen noch zu toppen ist. Aber wie ich heute lesen muss, geht das in Deutschland doch. In aller Welt herrscht Not und Elend, Menschen sterben, weil unfähige Politiker nicht in der Lage sind politische Lösungen zu finden, Kinder sterben weil kein Geld für sauberes Trinkwasser oder eine medizinische Betreuung vorhanden ist, Flüchtlinge sterben, weil es keine vernünftige Flüchtlingspolitik in Europa gibt und alte Menschen müssen in Deutschland früher sterben, weil sie arm sind.

Demgegenüber werden Milliarden für einen Flugplatz zum Fenster hinausgeworfen, Millionen Euro Abfindungen an unfähige Manager gezahlt die vorzeitig zurücktreten oder gefeuert werden, Tausende Euro für blödsinnige Projekte verbraten für die dann niemand verantwortlich sein will, aber nun leistet sich Deutschland mitten in Berlin eine noch größere Posse. Für 15 (in Worten FÜNFZEHN) Millionen Euro soll in Mitte eine Affenschaukel gebaut werden, die den deutschen Einheitsmichel an die sogenannte friedliche Revolution erinnern soll. Vielleicht sollte man denen, die immer noch rufen „Wir sind das Volk“ nach 27 Jahren endlich einmal sagen, was damals hinter den Kulissen tatsächlich ausgekugelt wurde, z.B. zwischen Kohl und Gorbatschow, und wo denn die Notreserven der DDR abgeblieben sind. Was wir brauchen ist eine

wirkliche deutsche Einheit in den Köpfen der Menschen in Ost und West, die Beendigung der Überführungsdefizite und Benachteiligungen der Menschen im Osten bei Löhnen, Renten und die Anerkennung ihrer Biografien – aber keine alberne Affenschaukel. Mit freundlichen Grüßen

Herbert Kranz

Lesenswert

Hans Bauer/Gudrun Benser (Hrsg.)

**Staatsanwalt ohne Robe.
DDR-Staatsanwälte im
sozialistischen Rechtsstaat**

Broschiert, 352 Seiten, Preis 18 Euro
Verlag Wiljo Heinen Berlin und Böklund,
2017, ISBN 978-3-95514-030-4

Beginnend mit dem schweren Anfang nach 1945 schildern Staatsanwälte unterschiedlichen Alters und aus unterschiedlichen Funktionen ihren verdienstvollen Einsatz zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität sowie zur Durchsetzung sozialistischer Gesetzlichkeit. Die Berichte aus dem Alltag ihrer in der Literatur bisher kaum beachteten Tätigkeit zeigen anschaulich, wie in der DDR die „Rechtsfremdheit des Volkes und die Volksfremdheit des Rechts“ überwunden und unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen die Kriminalität erfolgreich zurückgedrängt werden konnte.

Angesichts der anhaltenden Verunglimpfungen des Rechtssystems der DDR ist dieses Buch ein wichtiger Beitrag zur Verteidigung der historischen Wahrheit und zur Erinnerung an positive Errungenschaften, die es im Gedächtnis zu bewahren gilt, auch wenn sie mit dem heutigen Rechtssystem nicht kompatibel sind. **W.S.**

*

Professor Dr. h.c. Siegfried Grundmann

teilt mit, dass seine Publikation

**Einsteins von den Nazis konfisziertes
Eigentum – Der lange Weg bis zur
Rückgabe und Entschädigung**

Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2017
ISBN 978-3-662-53546-2
ISBN 978-3-662-53547-9 (e-Book)

erschienen ist.

*

Heinz Müller

„Jahrgang 28 – Erinnerungen“

Engelsdorfer Verlag Leipzig, 170 Seiten,
12 Euro, ISBN 978-3-96008-725-0

Der Autor schildert die Lebensgeschichte von vier Freunden, die als junge Menschen noch die Schrecken des Krieges und den Faschismus überlebt haben. Sie fanden in der DDR ihre Heimat. Als der letzte Überlebende dieser vier Freunde erinnert Heinz Müller an Wahrheiten, die nicht dem heutigen Zeitgeist entsprechen.

Ausführlich, detailliert und lebensnah beschreibt er, wie einer seiner Freunde sich im Auftrag des MfS vom US-amerikanischen Geheimdienst anwerben ließ und erfolgreich manche von dessen Machenschaften durchkreuzen konnte. Besonders diesem seiner Freunde, der nach 1990 an seinem Leben verzweifelt ist, setzt er ein bleibendes Denkmal.

W.S.

*

Jürgen Wagner

„NATO-Aufmarsch gegen Russland oder
wie ein neuer Kalter Krieg entfacht wird“

Edition Berolina Berlin, 208 Seiten, 9,99
Euro, ISBN 978-3-95841-056-5

Faktenreich, unterlegt durch zahlreiche Quellen, schildert der Autor, wie die NATO, die ursprünglich formal als Verteidigungsbündnis angelegt war, zu einem Interventionsbündnis umgestaltet wurde. Von besonderem Interesse ist hierbei der Wandel der deutschen Politik, die mit der demagogischen Forderung nach mehr Verantwortung frühere Zurückhaltung entsorgt hat und immer offener Großmachtsprüche anmeldet.

Besorgniserregend ist die Aufwertung der Atomwaffen in der NATO-Strategie, die auch mit deutschen Befürwortern von der Führbarkeit begrenzter Atomkriege ausgeht.

Schließlich wird nachgewiesen, wie mit der Eskalation der antirussischen Konfrontation ein neuer Kalter Krieg begonnen wurde, der über die Grenzen Europas hinaus global geführt wird. **W.S.**

Von Mitglied zu Mitglied

Vermiete **gemütliche FEWO** für 2 P. in KoserowundZempin. GuteAusstattung,600m zum Strand, Parkplatz am Haus. (Keine Haustiere) Tel.038377 40091

*

Der OSTERMARSCH 2017

mobilisiert gegen die Gefahren einer verschärften Spannung in Europa, die Aufblähung der Rüstungshaushalte, den Ausbau des politischen und militärischen Führungsanspruchs der Bundesrepublik und dem damit einhergehenden Abbau der innerstaatlichen Demokratie und des Sozialstatus. Wer dem einen energischen außerparlamentarischer Widerstand im Rahmen der Friedensbewegung entgegensetzen will, reiht sich ein

Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, deren Hochrüstung und weitere Militarisierung der EU.

Für Beendigung der Drohpolitik gegen Russland, Rüstungskontrolle und Beginn der Abrüstung, Kündigung des NATO- Truppenstatuts Austritt aus den NATO-Militärstrukturen.

WO UND WANN

Berlin und Randgebiete	15.04.17	12:00Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz, Schöneberg
Wismar	15.04.17	11:00 Uhr Parkplatz Weidendamm
Rügen	17.04.17	10:00 Uhr Molenfußgebäude, Stadthafen Saßnitz
Sachsen-Anhalt	17.04.17	11:55 Uhr, Stendal, Bahnhofstraße

Gehen wir deshalb gemeinsam mit allen Friedenskräften Ostern auf die Straße.

Näheres unter: www.frikoberlin.de

Einladung

Der Ernst- Busch- Chor Berlin e.V. nimmt gerne neue Sängerinnen und Sänger unter 70 Jahren in allen Stimmgruppen auf (Sopran, Alt, besonders Tenöre und Bässe), die unseren Chor verstärken.

Chorprobe jeden Mittwoch im Münzenbergsaal des Bürogebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, 12435 Berlin von 10.15 – 12.30 Uhr. **Jeden Donnerstag** abwechselnd mal Frauen, mal Männer in der Seniorenbegegnungsstätte, Husemannstr. 12, 10435 Berlin von 10.00 – 12.00 Uhr

Vorstand des Ernst- Busch- Chöre Berlin e.V.

www.ernstbuschchorberlin.de

Der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM

lädt zu einem **Gesundheitsurlaub** für höhere Ansprüche unter Gleichgesinnten vom **17. bis 31.05.2017** in dem führenden ungarischen Thermalbad Bük ein. Wir wohnen im 4 Sterne Kurhotel „Repce- Gold“. Die medizinischen Dienstleistungen, z.B. Physiotherapie, Krankengymnastik, Massagen befinden sich im Hotel oder in Nebengebäuden. Ausflüge werden am Ort organisiert.

Leistungen:

Bustransfer, inkl. Maut, 14 Übernachtungen mit HP, Eintritt zu den Bädern einschl. Becken, Dampfbad, Sauna, Whirlpool, Leihbademantel, ärztl. Erstuntersuchung, Kurtaxe, Insolvenzversicherung, GBM-Reiseleitung.

Preis: 900 Euro pro Person im DZ, EZ- Zuschlag auf Anfrage

Anmeldung über Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM

Franz- Mehring- Platz 1 10243 Berlin

Tel.: 030/29784688

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 22.02.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.03.2017

Einstellung im Internet: 07.04.2017

Auslieferung: 13.04.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15